

Olaf Kamper

Die Anfechtbarkeit richterlicher Entscheidungen nach dem Grundgesetz

Eine Untersuchung der dem Gesetzgeber
durch das Grundgesetz gezogenen
Grenzen der Rechtsmittelbeschränkung



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Gliederung

A) Einführung	1
I. Die Entstehung des Gedankens zu dieser Untersuchung	1
II. Berechtigung der Untersuchung	2
III. Der Gang der Untersuchung	5
B) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - Darstellung und Kritik	7
I. Das Dogma: Rechtsschutz durch, aber nicht gegen den Richter	7
II. Relativierungen des Dogmas in der Rechtsprechung des Gerichts	8
1. Das Gleichheitsgebot	8
2. Art. 14 Abs. 3 Satz 4 GG	13
3. Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG	14
4. Grundrechte als Verfahrensrechte	17
5. Das Rechtsstaatsprinzip	24
6. Art. 92, 95 Abs. 1 GG, Art. 96 Abs. 1 GG a.F.	27
7. Art. 103 Abs. 1 GG	30
III. Zusammenfassende Stellungnahme zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und Zwischenergebnisse	35
C) Das Schrifttum zur Instanzenzugfrage	41
I. Ausnahmslose Gewährleistung nur einer Gerichtsinstanz	41

II. Differenzierende Ansätze	42
1. Rechtsprechung als öffentliche Gewalt i.S.d. Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG	42
2. Verfahrensherrschaft des Richters	44
3. Die Bedeutung der Grundrechte für den Rechtsschutz gegen den Richter	53
a) Die These Haags als Ausgangspunkt	53
b) Die Bedeutung der materiellen Grundrechte, insbesondere zum Konkurrenzverhältnis zwischen diesen und Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG	55
c) Die Bedeutung der Verfahrensgrundrechte für den Rechtsschutz gegen den Richter	62
4. Auswirkungen der Verletzung einfach- gesetzlicher Verfahrensrechte auf die Anfechtbarkeit richterlicher Entscheidungen	74
5. Revisionsinstanz als unmittelbares Gebot effektiven Rechtsschutzes	81
6. Anspruch auf Zweitinstanz aus Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG i.V.m. dem Gewaltenteilungsgrundsatz	86
a) Der Ansatz von Voßkuhle	86
b) Kritik	89
7. Zweite Instanz als notwendiger Garant der Rechtseinheit	93
a) Gefährdung einheitlicher Rechtsprechung	93

b) Gefährdung der Autorität der Dritten	
Gewalt und der einheitlichen Rechtsprechung	94
c) Stellungnahme	95
aa) Der gemeinsame Ausgangspunkt der genannten Ansichten	95
bb) Rechtseinheit und ihre Konsequenzen für den Untersuchungsgegenstand	95
(1) Einheitlichkeit der Rechtsprechung als Verfassungsgebot	95
(2) "Vertikalwirkung" der Rechtsprechungseinheit	97
(3) "Horizontalwirkung" der Rechtsprechungseinheit	101
D) Insbesondere: Die unzumutbare, aus Sachgründen nicht zu rechtfertigende Erschwerung des Zugangs zur nächsten Instanz	103
I. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	103
II. Der Widerspruch	104
III. Stellungnahmen des Schrifttums zum Widerspruch und Kritik dieser Stellungnahmen	105
IV. Eigener Erklärungsversuch	107
V. Konsequenzen für den Untersuchungsgegenstand	110
E) Zusammenfassung	111
I. Gang der Untersuchung	111
II. Ergebnisse	124